

Lilienthaler Ratsgruppe gegen Gendern

VON LUTZ RODE

Lilienthal. Die Ratsgruppe „Gemeinsam stark für Lilienthal“ will erreichen, dass die Gemeinde in ihren offiziellen Texten künftig auf das so genannte „Gendern“ verzichtet. Sternchen, Doppelnennungen oder Binnen-I sollen keinen Platz in der Kommunikation haben, findet die Ratsgruppe, zu der sich CDU, FDP und Für Lilienthal zusammengeschlossen haben. Stattdessen solle, so heißt es in einem Antrag an Bürgermeister Kim Fürwentsches, die allgemein verständliche und grammatikalisch korrekte deutsche Sprache verwendet werden.

Die Ratsgruppe begründet ihre Forderung mit vier Argumenten: Zum einen geht es um die Lesbarkeit und Verständlichkeit. Die gegenderte Sprache erschwere das flüssige Le-

sen und das Verstehen von Texten. Besonders für Menschen mit Lese- und Sehschwierigkeiten oder nicht-muttersprachliche Bürger könne dies eine zusätzliche Barriere darstellen. Auch Sprachästhetik und Klarheit spielen laut Antragsteller eine Rolle: Die deutsche Sprache biete mit dem generischen Maskulinum eine bewährte grammatikalisch korrekte Form, die alle Menschen mit einschließe. „Eine künstliche Veränderung des Sprachgebrauchs kann zu umständlichen und unnatürlich wirkenden Formulierungen führen“, heißt es in dem Antrag, den der Gruppenvorsitzende Rainer A. Sekunde und die CDU-Ratsfrau Tanja Ruczynski unterschrieben haben.

Die Ratsgruppe weist auch auf die Rechtslage und die Empfehlungen hin: So habe der Rat für deutsche Rechtschreibung festge-

stellt, dass Sonderzeichen wie das Gendersternchen nicht den offiziellen Rechtschreibregeln entsprächen. Viele Behörden und Institutionen, darunter auch einige Bundesländer, hätten sich daher bereits gegen das Gendern in der Verwaltungssprache entschieden.

Schließlich hat die Ratsgruppe auch ein Problem damit, dass die Verwaltung mit dem Gendern ihrer Verpflichtung zur Neutralität nicht nachkomme: Das Gendern sei gesellschaftlich umstritten, daher solle die Gemeindeverwaltung eine einheitliche und neutrale Sprache beibehalten, die alle Bürger anspreche, ohne eine bestimmte Sprachpraxis zu bevorzugen.

Gegen die Formulierung „Bürgerinnen und Bürger“ hat „Gemeinsam stark für Lilienthal“ nichts einzuwenden.